Detailansicht des Registereintrags

enercity AG

Aktuell seit 13.11.2026 12:11:50

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R001981
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	13.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Glockseeplatz 1 30169 Hannover Deutschland Telefonnummer: +495114300 E-Mail-Adressen: politik@enercity.de Webseiten: www.enercity.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
500.001 bis 510.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,53

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Aurélie Alemany**
   Funktion: Vorstandsvorsitzende (ab 01.07.2024)

2. **Prof. Dr. Marc Hansmann**
   Funktion: Vorstand

3. **Eefje Pompen**
   Funktion: Vorstand, Arbeitsdirektorin (ab 01.08.2025)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Lars Velser**

2. **Thomas Pudlo**

3. **Markus Hauke**

4. **Sven Alex**

5. **Aurélie Alemany**

6. **Prof. Dr. Marc Hansmann**

7. **Eefje Pompen**

Mitgliedschaften (25):

1. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW)
2. Bundesverband der Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME)
3. Bundesverband Wärmepumpe e.V. (bwp)
4. Bundesverband der Personalmanager e.V. (bpm)
5. Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft e.V. (DLG)
6. Deutsches Institut für Interne Revision e.V. (DIIR)
7. Deutsches Institut für Normung e.V. (DIN)
8. Deutscher Verband für Schweißen und verwandte Verfahren e.V. (DVS)
9. Gesamtverband der versicherungsnehmenden Wirtschaft e.V. (GVNW)
10. Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V. (GDD)
11. Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V. (INW)
12. Kommunaler Arbeitgeberverband Niedersachsen e.V. (KAV)
13. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. (SDW)
14. Verband deutscher Energiehändler e.V. (EFET Deutschland)
15. Verband für Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz bei der Arbeit e.V. (VDSI)
16. Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)
17. vgbe energy e.V. (vormals VGB Powertech)
18. Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V. (AGFW)
19. Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. (BREKO)
20. Bundesverband Energiespeicher e.V. (BVES)
21. Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)
22. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfachs e.V. (DVGW)

23. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
24. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
25. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (7):
Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrsinfrastruktur

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die enercity AG ist die integrierte Partnerin für die Energie- und Wärmewende aus dem Norden. Wir bauen, betreiben und vernetzen erneuerbare Energien, grüne Wärmesysteme und Speicher: Durch die intelligente Kopplung von Strom, Wärme und Mobilität schaffen wir ein stabiles, zukunftssicheres und klimaneutrales Gesamtsystem. Wir wandeln Milliarden-Investitionen in regionale Wertschöpfung um und stärken den Standort für Industrie, Kommunen und Haushalte. Wir setzen auf technologische Flexibilitätslösungen, um die Energiepreise durch smarte Steuerung stabil zu halten und die Wende bezahlbar zu machen. enercity ist der verlässliche Anker in einer komplexen Welt – wir machen die Energiewende zum Heimvorteil für die gesamte Region und für Deutschland. Mit einem Umsatz von rund 6,21 Milliarden Euro und rund 4.000 Mitarbeitenden zählt der Konzern zu den größten kommunalen Energieunternehmen Deutschlands (Stand: Geschäftsjahr 2025).

enercity übt die Interessenvertretung sowohl eigenständig als auch mittelbar im Rahmen der Verbandsarbeit aus. Die enercity AG übernimmt dabei auch die Interessenvertretung ihrer Konzerntöchter. Hierzu zählen u.a. die enercity Erneuerbare GmbH, die enercity Contracting GmbH, die enercity Netz GmbH sowie die Danpower GmbH (R005094).

Im Austausch mit der Bundespolitik verdeutlichen wir wirtschaftliche Chancen und Risiken der Gesetzgebung aus Sicht eines kommunalen Energiedienstleisters und unterbreiten Impulse zur Verbesserung. Ziel ist es, im Sinne der Kundinnen und Kunden, für nachhaltige klima- und energiepolitische Rahmenbedingungen zu werben sowie für Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise zu sorgen.

Zum Zweck der Interessenvertretung werden punktuell Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und mit Vertreter:innen der Bundesministerien geführt. Im Zuge dessen werden bspw. parlamentarische Veranstaltungen besucht, zu denen Regierungsmitglieder, Bundestagsabgeordnete und Vertreter:innen der Ministerien eingeladen werden. Auch die Erstellung und Weitergabe von Stellungnahmen und Positionspapieren sind Teil der Interessenvertretung der enercity AG.

Die enercity AG ist eine Gesellschafterin der 8KU GmbH - einer bundesweiten Kooperation von acht großen kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Gesellschaftsvertraglicher Unternehmenszweck der 8KU GmbH ist u.a. die Vertretung gemeinsamer politischer Interessen der Gesellschafter gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung durch Erstellung von energiepolitischen Positionspapieren zu konkreten Regelungsvorhaben wie auch die Durchführung von Diskussionsveranstaltungen, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreter:innen der Ministerien eingeladen werden. Ziel der Interessenvertretung ist die Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich der Entwicklung klimafreundlicher Strom- und Wärmeerzeugung für die Kommunen und die Region, der modernen Ausgestaltung der Daseinsvorsorge und der Stärkung der Verbindung von Klimaschutz mit regionaler Wertschöpfung durch nachhaltige, innovative Energieerzeugung. Die 8KU GmbH hat einen eigenen Eintrag im Lobbyregister (Nr. R001157).

Konkrete Regelungsvorhaben (23)

1. **Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV)**

   Beschreibung:
   Der Umbau der Fernwärmeversorgung ist kapitalintensiv und erfordert Investitionen in Milliardenhöhe. Die AVBFernwärmeV muss daher ein Regelwerk bereitstellen, welches es ermöglicht, Investitionen vorzunehmen und die Refinanzierung sicherzustellen. Um die Akzeptanz zu erhöhen sollte die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit erhöht werden (z. B. Nutzung öffentlich zugänglicher Indizes).

   Betroffenes geltendes Recht:
   AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2406140044** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 07.06.2024 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

      Bundesregierung
      Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

   2. **SG2502180010** (PDF - 6 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2509020018** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

   Bundestag

   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **Anpassung der Wärmelieferverordnung (WärmeLV) und Verknüpfung mit Wärmeplanungsgesetz (WPG)**

   Beschreibung:
   Schaffung eines Anreizes für die Umstellung auf erneuerbare Energien und Abwärme. Dabei ist die WärmeLV ein wesentlicher Faktor, um die Bedingungen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung voranzubringen. Von zentraler Bedeutung ist dabei ein fairer Vollkostenvergleich zwischen Fernwärme und fossilen Energieträgern.

   Die kommunale Wärmeplanung dient als Richtschnur für den Weg in die Klimaneutralität und sollte auch als kosteneffizienteste Lösung betrachtet werden.

   Im Wärmeplanungsgesetz sollte der Begriff der "unvermeidbaren Abwärme" bundeseinheitlich definiert und als 100 Prozent klimaneutral bewertet werden. Hierzu zählt auch die Abwärme aus Abfallverwertungsanlagen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   WärmeLV [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (3):

   1. **SG2406140061** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2502180011** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2509020019** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG)**

   Beschreibung:
   Eine verlässliche Fortführung der Heizungsförderung ist dringend geboten. Die bestehende Fördersystematik sollte beibehalten, die Förderhöhen jedoch schrittweise abgesenkt werden - unter Berücksichtigung einer langfristigen Ankündigung. Gleichzeitig gilt es die Förderhöhen bei privaten Vermietern (30 %) und Eigennutzern (bis zu 70 %) zu vereinheitlichen.

   Förderbedingungen für Wärmepumpen mit Contracting-Modellen in der Bundesförderung effiziente Gebäude ermöglichen.

   Betroffenes geltendes Recht:
   GEG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406140062** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 23.04.2024 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2509020021** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. **Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) zur Wärmenetzförderung**

Beschreibung:
Mit der Verlängerung der Wärmenetzförderung im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) bis 2030 wurde eine wichtige Maßnahme beschlossen. Darüber hinaus sollte das verpflichtende KWKG-Monitoring zügig erstellt werden.

Auf Grundlage des KWKG-Monitorings sollte die Wärmeförderungsarchitektur zukunftssicher aufgestellt werden. Die KWK-Förderung bis 2035 sollte entsprechend ausgestaltet werden. Spätestens Mitte 2028 haben alle Kommunen in Deutschland eine kommunale Wärmeplanung erstellt. Deren Auswertung bietet eine gute Gelegenheit, um neue Förderinstrumente zu diskutieren.

Betroffenes geltendes Recht:
KWKG 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2406170035** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2502100003** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2502180008** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2509020022** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. **Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW)**

   Beschreibung:

Erhöhung der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) auf jährlich 3 Mrd. Euro. Das Programm ist gut gestaltet, jedoch "chronisch" unterfinanziert, nicht gesetzlich abgesichert und läuft Mitte 2028 aus. Hier gilt es langfristige Regelungen zu finden, z.B. in Form eines Wärmefördergesetzes.

Betroffenes geltendes Recht:
EKFG [alle RV hierzu]; HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2406170037** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 07.06.2024 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2502100004** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. **SG2502180009** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2509020017** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. **Nutzung von Geothermie**

Beschreibung:
Geothermie bietet in vielen deutschen Regionen ein hohes Potenzial für eine zuverlässige und stromsparende Wärmeversorgung. Sie lässt sich gut in Wärmenetze integrieren und entlastet vor allem in der kalten Jahreszeit das Stromsystem. Die Nutzung vor allem der tiefen Geothermie wurde im Wesentlichen durch hohe Anfangsinvestitionen und das unabgesicherte Fündigkeitsrisiko eingeschränkt. Um diese Ressource besser zu nutzen, müssen Fördermöglichkeiten, Forschungs- und Projektbedingungen sowie insbesondere die Rahmenbedingungen für Tiefengeothermie verbessert werden. Das GeoWG, das diese Probleme adressieren sollte, sollte zügig verabschiedet werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13092 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung
Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502100005** (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. **Kommunale Wärmeplanung als Energieleitplanung etablieren.**

Beschreibung:
Durch das Wärmeplanungsgesetz wurde die kommunale Wärmeplanung gesetzlich verankert. Die Vorgaben zur Wärmeplanung, Nutzung von erneuerbaren Energien, unvermeidbarer Abwärme und effizienter Wärmenetze müssen nun weiterentwickelt werden zu einer Energieleitplanung, die sektorübergreifend die Energiewende vor Ort plant. Hierin muss das Prinzip des Least Cost Planning verankert werden, das sektorübergreifend die wirtschaftlich effizienteste Mittelverwendung und Projekte mit den höchsten volkswirtschaftlichen und klimapolitischen Nutzen priorisiert. Durch dieses Vorgehen sinken die einzelnen Zuschussbedarfe der Projekte, die damit grundsätzlich refinanzierungsfähig sind.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/8654 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze
1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2502180012** (PDF - 6 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.02.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2509020020** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. **Kraftwerkesicherheitsgesetz (KWSG): KWK-Segment**

Beschreibung:
Prüfung der Einführung eines KWK-Segments im Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWSG) und verlässliche sowie langfristige Wärmenetzförderung als strategische Weiterentwicklung prüfen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13645 (Vorgang) [alle RV hierzu]
auf die Kleine Anfrage - Drucksache 20/13467 - Umsetzung der Kraftwerksstrategie
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2502180013** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.02.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

9. **Beschleunigung des Planungs- und Genehmigungsverfahrens für erneuerbare Energien; Umsetzung EU-RL 2023/2413 (RED III)**

Beschreibung:
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/12785 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort
1. Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WindBG [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]; ROG 2008 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270008** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Klärung des Investitionsrahmens für Erneuerbare-Energie-Anlagen und Stärkung des PPA-Marktes**

Beschreibung:
Klärung des Investitionsrahmens für Erneuerbare-Energie-Anlagen und Stärkung des PPA-Marktes. Hierzu gilt es das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Gänze weiter zu entwickeln und europäische Vorgaben ("Claw-Back-Mechanismus") einzuführen.

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270010** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes**

Beschreibung:
Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und Aufnahme von forstwirtschaftlichen Flächen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11657 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/7502 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270013** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. **Nutzung von geeigneten Flächen zur Erreichung der Windflächenziele**

Beschreibung:
Nutzung von geeigneten Flächen zur Erreichung der Windflächenziele. Die Vorgaben des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) und die Steuerungslogik sollten beibehalten werden. Ergänzend ist die Nutzung von geeigneten Forstflächen zur Erreichung der Flächenziele zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:
WindBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270015** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. **Stärkere Standardisierung des Bundesnaturschutzrechts**

Beschreibung:
Das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sollte hinsichtlich einer stärkere Standardisierung angepasst werden. Hierzu zählen im Planungsprozess u.a. eine weitere und konsequente Digitalisierung und Entbürokratisierung, eine bundeseinheitlicher Rahmen für die finanziellen Beteiligungsgesetze der Bundesländer sowie Standardisierungen zur Beurteilung von Gefährdungspotenzialen.

Betroffenes geltendes Recht:
BNatSchG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2503270017** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 24.03.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

14. **Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen gemäß Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG)**

Beschreibung:
Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen in der Nähe von Flugsicherungseinrichtungen der Bundeswehr nach § 16 Abs. 7 BImSchG. Ablehnung des Baus von Windenergieanlagen durch die Bundeswehr und Aufzeigen eines Lösungsweges - gemäß Vorschlag des Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)

Betroffenes geltendes Recht:
BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506270028** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.05.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) [alle SG dorthin]

15. **Beihilferechtliche Genehmigung des Biomassepakets**

Beschreibung:
Das sogenannte Biomassepaket ist am 25.02.2025 in Kraft getreten. Es umfasst Verbesserungen für die flexible Stromproduktion aus Biomasse. Die Umsetzung dieser Maßnahme hängt jedoch von der beihilferechtlichen Genehmigung der EU-Kommission ab. Diese muss schnellstmöglich erteilt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14246 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Flexibilisierung von Biogasanlagen und Sicherung der Anschlussförderung

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2507230025** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.07.2025 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

16. **Gebäudeenergiegesetz (GEG)**

Beschreibung:
Das GEG sollte sich ausschließlich auf Regeln zu Gebäuden und Heizungssystemen konzentrieren und nur Vorgaben für Gebäudeeigentümer:innen machen. Sämtliche Anforderungen an Wärmenetzbetreiber sollten in das Wärmeplanungsgesetz (WPG) überführt, Vorgaben zum Strom-, Gas- und Wasserstoffnetz im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) geregelt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/6875 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung der Heizkostenverordnung und zur Änderung der Kehr- und Überprüfungsordnung
1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]; WPG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2509020023** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 22.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

17. **Eckpunkte zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG): Fünf Hebel für die Wärmewende**

Beschreibung:
Die von CDU/SPD vereinbarten Eckpunkte zum GMG benachteiligen Vorreiter der Wärmewende strukturell. Wenn im Gebäudebestand wieder stärker auf Gas gesetzt wird, steigen Zurückhaltung, Lock-in-Risiken und die Gefahr von Fehlentscheidungen bei Kunden und Vermietenden. Daher schlagen wir folgenden Anpassungsbedarf vor:

1. Klimaschutzvorgaben umsetzen, Verbindlichkeit der kommunalen Wärmeplanung sichern
2. Kostentransparenz ist erforderlich (steigende CO2-Preis im ETS 2 berücksichtigen)
3. Soziale Leitplanken, faire Kotenverteilung zwischen Mietenden und Vermietenden
4. Priorisierung knapper grüner Gase für Spitzenlast, flexible KWK-Anlagen und Industrie
5. Geordnete Gasnetzstilllegung ermöglichen: Rechtssicherheit für Kundinnen und Kunden sowie Verteilnetzbetreiber

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603160001** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

18. **Gesetz zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens**

Beschreibung:

Die Neuregelung des Netzanschlusspaketes führt zu einem Paradigmenwechsel und zur Verschiebung der Verantwortung vom Netzbetreiber auf den Investor von erneuerbaren Energien. Die Änderung hätte erhebliche Nachteile für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland. Zentrale Vorschläge sind:
1. Beibehaltung des Netzanschlussvorrangs als Grundprinzip der Energiewende
2. Beschleunigung des Netzausbaus
3. die konsequente Entfesselung von marktlichen Flexibilitätspotenzialen
4. Flexible Connection Agreement (FCA) nur als kurzfristige und zeitlich befristete Übergangslösung möglich. Diese muss bundeseinheitlich ausgestaltet sein.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Datum des Referentenentwurfs: 17.04.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2605040002** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 04.05.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2611130002** (PDF - 1 Seite)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 05.11.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. **Gebäudemodernisierungsgesetz: Plädoyer gegen Grüngasquote und Biotreppe**

Beschreibung:
Die Regelung zur Grüngasquote und Biotreppe lenken knappe grüne Gase, insbesondere Biomethan, in den Gebäudesektor und sorgt für Lock-in-Anreize in fossile Heizungstechnologien. Der Gebäudesektor lässt sich in der Breite elektrifizieren bzw. durch

Fernwärme effizient versorgen. Knappe grüne Gas sollten dort eingesetzt werden, wo der größte Systemnutzen entsteht, z.B. in hocheffizienten KWK-Anlagen oder in schwer elektrizierbaren bzw. dekarbonisierbaren Industriebereichen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/6278 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich
1. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606080041** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.06.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

20. **Phosphorrückgewinnung aus Klärschlammasche umsetzen**

Beschreibung:
Phosphor ist von enormer Bedeutung für die Rohstoffsicherheit und Resilienz Deutschlands. Bereits heute ist absehbar, dass die verfügbaren Rückgewinnungskapazitäten nicht ausreichen. Die höherwertige Nutzung in Monoverbrennungsanlagen muss einen klaren Vorrang gegenüber der Mitverbrennung oder der landwirtschaftlichen Verwertung haben (vgl. AbfKlärV und KrWG).

Darüber hinaus ist es entscheidend, dass der im Gesetz eingeschlagene Weg, umgesetzt wird und die Frist 2029 gilt, damit Vorreiter eine klare Perspektive haben. Zentral ist dabei die Schaffung eines Marktes für Recycling-Phosphor mit klaren Qualitätsstandards. Außerdem sollte es klare rechtliche Regeln geben für den Fall, dass Unternehmen die Vorgaben der Klärschlammverordnung nicht einhalten.

Betroffenes geltendes Recht:
AbfKlärV 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607030005** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

21. **Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2027)**

Beschreibung:
Die im EEG vorgesehenen Änderungen des Referenzertragsmodells gefährden die Wirtschaftlichkeit von Projekten. Bevor der Gesetzgeber punktuelle Änderungen wie z.B. Gütefaktor einfügt, sind umfassende Analysen und Folgeabschätzungen erforderlich.

Des Weiteren ist ein Pachtdeckel vorgesehen. Dieser gefährdet die Flächenverfügbarkeit massiv. Eine Deckelung ist nicht erforderlich.

Referentenentwurf:
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor (EEG-Novelle) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 18.07.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608060011** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

22. **Novelle des Netzpakets im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)**

Beschreibung:
Das Gesetzesvorhaben führt an verschiedenen Stellen zu einer Verschlechterung des Windenergieausbaus. Insbesondere Niedersachsen ist davon massiv betroffen, da Repowering-Vorhaben benachteiligt werden.

Des Weiteren sind entschädigungsfreie Abregelungen mit 20 % zu hoch und müssen auf maximal 10 % abgesenkt werden. Kapazitätslimitierte Gebiete sollten auf maximal für 5 Jahre begrenzt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Datum des Referentenentwurfs: 29.07.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2608060012** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 06.08.2026 an:

   Bundestag
   Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

23. **Repowering ermöglichen, PPA absichern**

Beschreibung:
Die im Netzpaket angelegte Regelung zu kapazitätslimitierten Gebieten trifft Regionen, in den der Windenergieausbau früh stattfand - sprich in Norddeutschland, die nun sukzessive erneuert werden ("Repowering"). Bundesweit waren rund 29% der neuerrichteten Anlagen Repowering-Vorhaben.

Eine pauschale Belastung dieser Projekte würde damit einen zentralen Treiber des Windenergieausbaus treffen. Repowering ist kein gewöhnlicher Neubau. Bestehende Windenergieanlagen werden an bereits erschlossenen und akzeptierten Standorten durch leistungsfähigere, kostengünstigere und systemdienlichere Anlagen ersetzt. Repowering-Projekte sollten daher beim Redispatchvorbehalt anders behandelt werden als neue Projekte auf bislang unerschlossenen Flächen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7866 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Synchronisierung des Anlagenzubaus mit dem Netzausbau sowie zur Verbesserung des Netzanschlussverfahrens
Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. **Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Sportplatz 23, 26506 Norden
   Betrag: 760.001 bis 770.000 Euro
   Gewässerschutzberatungen in Trinkwassergewinnungsgebieten, Förderung von Gewässerschutz

2. **Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Frankfurter Str. 29-35, 65760 Eschborn
   Betrag: 320.001 bis 330.000 Euro
   Errichtung Wärmeerzeugungsanlage (Heizungstechnik)

3. **Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Land
   Mars-la-Tour-Straße 1-13, 26121 Oldenburg
   Betrag: 300.001 bis 310.000 Euro
   Waldbauliche Maßnahmen (Waldbewirtschaftung)

4. **Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA(**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Frankfurter Straße 29-35, 65670 Eschborn
   Betrag: 2.910.001 bis 2.920.000 Euro
   Förderung von Neu- und Ausbau von Wärmenetzen (Auszahlung durch TenneT)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

enercity-jahresabschluss-2025.pdf